

Wochenendbeilage **der 7. Tag** vom 30.04.2004

Wer hört die Signale? / Simple Parolen ziehen nicht / Heraus zum 1. Mai / Haus oder Fläche

unter diesen Themen berichteten **Mathias Philipp** und **Friederike Hartmann** zu den Problemen der **deutschen Gewerkschaften** und zu den Flächen- bzw. Haustarifverträgen in den **EU-Staaten**.

Die zweite Rolle: Arbeitgeber

Kein ungewöhnliches Bild: Menschen protestieren. Auf der Straße: Gegen Einsparungen. Ungewöhnlich an der Kundgebung im März in Berlin war allerdings der Adressat, an den sich der Protest richtet, denn hier ging es gegen den DGB, der der DGB Rechtsschutz GmbH jährlich fünf Millionen Euro streichen will.

Gewerkschaften müssen eine schwierige Balance halten: Einerseits vertreten sie ihre Mitglieder, fordern in deren Namen Lohnerhöhungen oder den Erhalt von Arbeitsplätzen. Andererseits sind sie selbst Arbeitgeber, und als solche tun sie nichts anders als derzeit viele Unternehmer: Sie sparen. Die Einnahmen der Gewerkschaften sind die Mitgliedsbeiträge – und die sinken, weil die Organisationen Jahr für Jahr Hunderttausende Mitglieder verlieren.

Für Gewerkschaftsbeschäftigte, etwa 2700 bei der IG Metall, rund 5000 bei ver.di, gibt es keinen Tarifvertrag. Geht es innerhalb einer Gewerkschaft um Lohnerhöhungen, so verhandelt der zuständige Personalvorstand mit dem jeweiligen Gesamtbetriebsrat. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Praxis gebilligt, um paradoxe Situationen zu vermeiden. Beispiel DGB: Dessen 820 Angestellte sind Mitglieder in verschiedenen Gewerkschaften, diese wären also Verhandlungspartner auf der Arbeitnehmerseite. Zugleich stehen die Gewerkschaften als DGB-Mitglieder aber auch auf der Arbeitgeberseite – verhandelten also praktisch mit sich selbst. In dem Fehlen einer zusätzlichen, unabhängigen Tarifpartei sieht DGB-Sprecher Hilmar Höhn kein Problem. Der Schutz der Arbeitnehmer sei gewährleistet, weil es bisher gar keine Arbeitskampsituation gegeben habe.

Die Verhandlungen seien davon geprägt, dass man friedlich zu einem Ergebnis kommen wolle: Wir orientieren uns dabei daran, was wir draußen für die Mitgliedern durchgesetzt haben“, sagt Martina Decker, Ressortleiterin im Bereich Personalverwaltung der IG Metall, über die Lohn- und Gehaltsgespräche.

Anders sieht man das beim VGB, dem Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten mit etwa 400 Mitgliedern. Der Betriebsrat sei erpressbar und habe nicht die gleichen Rechte wie eine Gewerkschaft, dürfe insbesondere nicht zum Streik aufrufen, argumentiert Helmut Wagner, VGB-Vorsitzender und ver.di-Mitglied. Der VGB, gegründet vor zehn Jahren, versucht als Tarifpartner von den Gewerkschaften akzeptiert zu werden. Bislang ohne Erfolg. Nach Höhns Ansicht eine Frage der Größe: „Der VGB muss zeigen, dass er gewerkschaftliche Präsenz besitzt.“

Dürfen Gewerkschaften Personalkosten sparen?

Kritiker bemängeln, Gewerkschaften seien als Arbeitgeber nicht besser als private Unternehmer. Beispiel ver.di: Die Mammutorganisation, im Jahre 2001 aus dem Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften entstanden, hat seitdem zuviel Personal an Bord und muss sparen. Von April bis September hält ver.di deshalb fünf Prozent des Gehalts ihrer Mitarbeiter als Darlehen ein. Zudem gibt es Angebote, freiwillig die Arbeitszeit zu verkürzen, etwa auf 50 Prozent bei 80 Prozent Gehalt, von Oktober an sollen ergänzend bei jenen die nicht mitmachen, Gehalt und Arbeitszeit um fünf Prozent gekürzt werden. Wie in der freien Wirtschaft? Nicht ganz, meint Harald Reutter, Sprecher des ver.di-Bundesvorstands: Ums Sparen komme man nicht herum: „Ein Unterschied ist aber sicher die Transparenz des Verfahrens. Wir haben nicht erst Fakten geschaffen, über die dann verhandelt wird, sondern den Gesamtbetriebsrat als Tarifpartner schon früh beteiligt.“

Friederike Hartmann